

Ressort: Auto/Motor

Umfrage: Mehrheit sieht sich im Dieselskandal kaum vertreten

Berlin, 09.09.2018, 01:00 Uhr

GDN - Eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger sieht sich im Dieselskandal nicht genügend durch die Politik vertreten. 80 Prozent haben den Eindruck, dass die Politik im VW-Skandal eher die Interessen der deutschen Autoindustrie vertreten hat, so eine Umfrage der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) unter 1.000 Befragten, über die die Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Sonntausgaben) berichten.

Nur drei Prozent meinen hingegen, dass die Politik dabei eher die Interessen der betroffenen VW-Dieselbesitzer vertreten hat. Elf Prozent der Befragten, darunter tendenziell etwas häufiger die unter 30-Jährigen, meinen, dass die Politik beide Interessen gleichermaßen vertreten hat. Zwei Drittel der Befragten sagten zudem, dass ihr Vertrauen in die Autoindustrie stark (32 Prozent) bis sehr stark (31 Prozent) abgenommen habe. "Die Betrügereien und die zu enge Verknüpfung von Politik und Autoindustrie haben einen massiven Industrieskandal verursacht. Leittragende sind die Verbraucherinnen und Verbraucher", sagte Bundesverbandschef Klaus Müller den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Sonntausgaben). Betroffene litten unter den Wertverlusten ihrer Fahrzeuge und fühlten sich weder hinreichend informiert noch gut behandelt. "Dieselbesitzer dürften nicht die Versäumnisse der Politik und der Autohersteller ausbaden müssen." Der Chef der Verbraucherzentrale fordert die Bundesregierung auf, einen Diesel-Hilfsfonds für alle vom Fahrverbot betroffenen Verbraucher einzurichten. Jeder Besitzer, der mehr als 30 Tage von einem Fahrverbot betroffen sei und einen Euro-4-Diesel oder älter halte, sollte für das Verschrotten seines Fahrzeugs 5.000 Euro bekommen. "Das wäre eine echte Hilfe für Betroffene", so Müller. Die Verbraucher sollten dann selber entscheiden können, ob damit ein Neuwagen oder anderweitige Mobilitätsalternativen finanziert werden. "Gerade Verbrauchern mit geringerem Einkommen, die ihr Auto für ihren Job, den Weg zum Arzt oder zur Pflege der Eltern benötigen, muss geholfen werden." Dieses Vorgehen würde auch auf große Unterstützung der Bevölkerung stoßen, wie die VZBV-Umfrage zeigt. 82 Prozent der Befragten sagen, dass die Bundesregierung von ihrem Recht Gebrauch machen sollte, Autohersteller, die nachweislich bei der Abgasreinigung manipulierten, mit Strafzahlungen zu belegen. Das Image der Politik hat sich in den vergangenen Monaten unterdessen noch deutlich verschlechtert: Bei einer Umfrage zum Dieselskandal im Juli 2017 meinten nur 63 Prozent, dass die Politik eher die Interessen der Autoindustrie vertrete.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-111587/umfrage-mehrheit-sieht-sich-im-dieselskandal-kaum-vertreten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com